



Analyse der russischen Regionalwahlen

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

Oktober 2015

Zusammenfassung

Am 13. September 2015 wurden in 21 Regionen die Gouverneure direkt gewählt, in elf die regionalen Parlamente und in 23 regionalen Hauptstädten die Stadtverordnetenversammlungen. In zwanzig Regionen wurden die Gouverneure, die alle der Machtpartei „Einiges Russland“ angehören, wiedergewählt. Lediglich im Gebiet Irkutsk war eine Stichwahl erforderlich. Zum ersten Mal seit Wiedereinführung der direkten Wahl der Gouverneure verlor der amtierende Gouverneur die Stichwahl gegen seinen kommunistischen Kontrahenten. Bei der Wahl der regionalen Parlamente und der Stadtverordnetenversammlungen siegte erwartungsgemäß jeweils „Einiges Russland“. Es wurden von den Wahlbeobachtern 1.756 Wahlrechtverletzungen festgestellt, 95 % mehr als im vergangenen Jahr. Die Proteststimmung infolge der schwierigen sozio-ökonomischen Situation trat nur wenig beim Wahlprozess in Erscheinung. Die parlamentarischen Oppositionsparteien KPRF, LDPR und „Gerechtes Russland“ müssen ihren Oppositionscharakter zeigen, wenn sie nicht noch mehr Stimmen verlieren wollen.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Am 13. September 2015 wurden am diesjährigen einheitlichen Wahltag Russlands in 23 Regionen die Gouverneure/Präsidenten/Oberhäupter gewählt, in elf die regionalen Parlamente und in 23 regionalen Hauptstädten die Stadtverordnetenversammlungen.

Gouverneurswahl

In 20 Regionen, genau in 17 Gebieten und in drei Republiken, wurden die Gouverneure bzw. Präsidenten – bis auf das Gebiet Irkutsk – in direkter Wahl wiedergewählt.¹ Die Wahlbeteiligung lag zwischen 20,97 % (Gebiet Archangelsk) und 92,04 % (Republik Tatarstan). Die Bewohner des nördlichen, am Weißen Meer gelegenen Gebiets Archangelsk interessierte es wenig, wer Gouverneur ist. Ganz anders die Einwohner der Republik Tatarstan, die hinter ihrem Präsidenten stehen, denn sie wissen, was sie an ihrer Staatsführung haben. Ihrem damaligen Präsidenten Mintimer Schajmijew war es 1994 gelungen, Boris Jelzin so viele Kompetenzen abzurufen wie es damals kein anderer Präsident oder Gouverneur schaffte. Unter dem neuen Präsidenten Wladimir Putin musste Kasan wieder viele Zuständigkeiten an Moskau zurückgeben.²

Alle wiedergewählten Gouverneure sind Mitglieder der Machtpartei „Einiges Russland“. Sie erreichten Wahlergebnisse zwischen 50,64 % (Gebiet Amur) und 94,40 % (Republik Tatarstan). In 15 Regionen war der zweitbeste Kandidat ein Kommunist, in drei Regionen ein Mitglied der Schirinowskij-Partei LDPR, in zwei Regionen der Partei „Gerechtes Russland“ und in einer Region einer Nicht-Staatsduma-Partei, der „Patrioten Russlands“.

Nur im Gebiet Irkutsk war am 27. September eine Stichwahl erforderlich, weil dem amtierenden Gouverneur Sergej Jeroschtschenko von „Einiges Russland“ 0,40 % im ersten Wahlgang an den erforderlichen 50 % fehlten. Der kommunistische Gegenkandidat Sergej Lewtschenko erhielt 36,61 %. Zum ersten Mal seit Wiedereinführung der direkten Wahl der Gouverneure verlor der amtierende Gouverneur die Stichwahl mit 41,46 %, sein Konkurrent gewann mit 56,39 %.³

In zwei Regionen wurden am 13. September die Gouverneure/Präsidenten nicht direkt gewählt, weil deren regionale Parlamente im November 2013 bzw. später die Wahlvorschriften geändert hatten⁴. Während der dritten Amtszeit von Putin war es möglich geworden, hinter die unter Präsident Dmitrij Medwedew eingeführte Direktwahl der Gouverneure zurückzugehen und die Wahl der Gouverneur/Präsidenten wieder dem regionalen Parlament zu übertragen. Das Oberhaupt der Republik Nordossetien wird vom regionalen Parlament aus drei Kandidaten gewählt, die Präsident Putin von den in der regionalen Duma vertretenen Parteien vorgeschlagen worden sind. Die Kandidatenliste war Putin bis Ende August vorzulegen. Er wählte dann drei Kandidaten aus („Präsidentenfilter“). Gewählt ist ein Kandidat, der mehr als die Hälfte der Stimmen aller Abgeordneten bekommen hat. Gelingt das nicht, gibt es eine Stichwahl zwischen den beiden am besten platzierten Kandidaten, wobei dann die einfache Mehrheit genügt.

¹ <http://www.kommersant.ru/doc/2810408>

² Vgl. dazu: Schneider, Eberhard, Die Kompetenzabgrenzungsverträge zwischen der Föderation und den Föderationssubjekten: Dynamik und Asymmetrie, in: Brunner, Georg (Hrsg.), Der russische Föderalismus. Bilanz eines Jahrzehnts. Münster 2004, S. 61-73.

³ <http://www.kommersant.ru/doc/2820138>

⁴ <http://www.kommersant.ru/doc/2354595>



Nach ähnlichem Verfahren wurde auch der Gouverneur des Autonomen Bezirks der Chanten und Mansen gewählt, wobei noch zusätzlich der Gouverneur des Gebiets Tjumen zustimmen muss, denn der Autonome Bezirk liegt auf der einen Seite auf dem Territorium des Gebiets, ist aber auf der anderen Seite ein gleichberechtigtes Föderationssubjekt. Dieser Widerspruch in der Verfassung ist bis heute nicht aufgelöst worden. Die Oberhäupter der Republik Nordossetien und des Autonomen Bezirks der Chanten und Manen, die beide „Einiges Russland“ angehören, wurden wiedergewählt.

In den übrigen Regionen werden die Kandidaten für die direkte Wahl in das Gouverneursamt von den Parteien des regionalen Parlaments nominiert, wobei auch Parteilose aufgestellt werden können. Man kann sich auch selbst nominieren, doch dann sind die Unterschriften von 0,5 bis 2 % der Wahlberechtigten erforderlich, je nach regionaler Gesetzgebung. Jeder Kandidat muss die Unterstützung von 5-10 % der Abgeordneten der kommunalen Parlamente vorweisen, wobei ein kommunaler Abgeordneter nur einen Kandidaten unterstützen darf („kommunaler Filter“). Und dann finden Konsultationen der Kandidaten mit dem Präsidenten statt.

Von den im westlichen Sinne liberalen Parteien der außerparlamentarischen Opposition gelang es der Partei Jabloko (Vorsitzender Sergej Mitrochin) vier Kandidaten aufzustellen und der Partei PARNAS (Vorsitzender Michail Kassjanow, bis zu dessen Ermordung im Februar 2015 auch Boris Nemzow) zwei.

Wahl der regionalen Parlamente

Ferner wurden am 13. September elf regionale Parlamente nach Parteilisten und als Einzelkandidaten mit einer Amtszeit von fünf Jahren gewählt. Die Anzahl der zu wählenden Abgeordneten reicht von 30 (Republik Komi) bis zu 60 (Gebiet Tscheljabinsk), was von der Einwohnerzahl abhängt.

Hier war im niedrigsten Wert mit 30,37 % (Kurgan) die Wahlbeteiligung etwas höher als bei der Gouverneurswahl. Den höchsten Wert erreichte sie mit 69,35 % im Autonomen Bezirk der Jamal-Nenzen. Wie zu erwarten gewann immer „Einiges Russland“ zwischen 44,55 % (Nowosibirsk) und 74,39 % (Woronesch). An zweiter Stelle rangierten in fünf Regionen die Kommunisten, in vier Regionen Schirinowskijs Liberaldemokraten und in zwei Regionen die Partei „Gerechtes Russland“. Von der außerparlamentarischen liberalen Opposition gelang es nur der Partei PASARNAS, im Gebiet Kostroma Kandidaten registrieren zu lassen, die allerdings an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten.

Wahl der Volksvertretungen in regionalen Hauptstädten

Die Direktwahl der Bürgermeister war abgeschafft worden, so dass am 13. September bei den Kommunalwahlen nur die Abgeordneten des Stadtrats der 23 regionalen Hauptstädten gewählt wurden. Die Wahlbeteiligung lag zwischen 17,39 % (Astrachan) und 89,08 % (Magas, Republik Inguschetien). Überall siegte „Einiges Russland“ mit einem Stimmenanteil zwischen 34,27 % (Nowosibirsk) und 79,48 % (Magas, Republik Inguschetien). Eine hohe Wahlbeteiligung wirkt sich offensichtlich zugunsten eines guten Ergebnisses für „Einiges Russland“ aus. An zweiter Stelle lagen in 18 regionalen Hauptstädten die Kommunisten, in vier die Partei „Gerechtes Russland“ und in einer die LDPR.



Wahlbeobachtung der NGO „Golos“

Die Wahlbeobachtungs-NGO „Golos“ war in letzter Zeit vom Kreml stark unter Druck gesetzt worden, weil sie Finanziarzuschüsse aus dem Ausland erhalten hatte und somit laut der neuen Gesetzgebung zum „ausländischen Agenten“ wurde. Da „Golos“ sich geweigert hatte, sich als solcher registrieren zu lassen, musste sich die NGO auflösen. Im Juli 2013 gründete sie sich neu.

„Golos“ hat zehn Gouverneurswahlen sogar langfristig, acht regionale Parlamentswahlen und 14 Stadtverordnetenwahlen in den regionalen Hauptstädten beobachtet mit folgendem zusammengefassten Ergebnis:⁵

- WAHLRECHT: In nahezu der Hälfte der Regionen ist die endgültige Fassung des Wahlrechts in weniger als einem Monat vor Beginn des Wahlprozesses verabschiedet worden. Das erschwert Parteien und Kandidaten die Vorbereitung der Wahlen.
- KANDIDATENAUFSTELLUNG: In manchen Regionen schufen die Wahlkommissionen für einige Kandidaten gezielte Hindernisse bei der Vorbereitung der Registrierungsunterlagen, um dadurch ungleiche Startbedingungen zu schaffen. In keiner der Regionen hat auch nur einer der Kandidaten die Hürde des „kommunalen Filters“ ohne das Wahlwollen des amtierenden Gouverneurs und von „Einiges Russland“ nehmen können. Für Parteien, die über kein „Parteienprivileg“ verfügen (im Parlament vertretene Parteien, Parteien, die bei den letzten Wahlen zur Staatsduma mehr als drei Prozent errungen haben, und Parteien, die mit mindestens einem Abgeordneten in einem regionalen Parlament vertreten sind), stellt die Sammlung von Unterstützungsunterschriften die wichtigste Etappe des Wahlprozesses dar.
- WAHLKAMPFFINANZIERUNG: Verschleierungsmechanismen erlauben es den Kandidaten mit administrativen Ressourcen, Haushaltsmittel und öffentliche Gelder für ihre Wahlkämpfe einzusetzen.
- WAHLKAMPF: Mit Heranrücken des Wahltags häuften sich die Zwischenfälle, bei denen rechtmäßige Wahlkampfaktivitäten oppositioneller Kandidaten und Parteien behindert wurden.
- WAHLBEOBACHTUNG: Die Beobachtung der Wahlen im Auftrag von gesellschaftlichen Organisationen wurde behindert. Bereits im Vorfeld der Wahlen wurde auf verschiedene Organisationen verstärkter Druck ausgeübt. Außerdem wurde versucht, gesellschaftliche Wahlbeobachter einzuschüchtern.
- WAHLTAG: Festgestellt wurden: stapelweiser Einwurf zusätzlicher Stimmzettel, „Karussell-Abstimmung“ (mehrfache Stimmabgabe), Wählerbestechung, Verletzung der Wählerrechte durch Druck durch Vorgesetzte, rechtswidrige Wahlwerbung, Transferfahrten für Wähler zum Wahllokal, Verstöße bei der Stimmabgabe außerhalb des Wahllokals (durch „bewegliche Wahlurne“), Verfahrensverstöße bei der Stimmauszählung Fälschung von Wahlprotokollen.

Wahlanalyse von Kudrins „Komitee für Bürgerinitiativen“

Das „Komitee für Bürgerinitiativen“ des ehemaligen Finanzministers Alexej Kudrin hat eine ausführliche Wahlanalyse durchgeführt⁶. Es gab 1.756 Wahlrechtsverletzungen (2014: 901 und 2013: 747). In diesem Jahr haben die Wahlrechtsverletzungen gegenüber 2014 also um 95 % zugenommen.

⁵ <http://www.golosinfo.org/ru/articles/46401> Übersetzung in Russland-Analysen Nr. 301 vom 25.09.2015, S. 7-9.

⁶ <http://komitetqi.ru/analytcs/2478/>

Ergänzend zur „Golos“-Analyse sind folgende Punkte zu vermerken:

- Noch nie sind so viele Parteilisten zwischen der Aufstellung der Kandidaten und dem Wahltag ausgeschieden.
- Die Wahlwerbung während des Wahlkampfs war sehr schlecht, die politische Agitation lief praktisch nach dem Muster einer „Werbung für Waschmittel“ ab. Es gab wenig Inhalt, die einzige Ausnahme war PARNAS im Gebiet Kostroma.⁷

Vergleich der Wahlergebnisse

Parteiename	Mittleres Ergebnis bei Staatsdumawahl 04.12.2011	Mittleres Resultat Wahl am 13.9.2015
Einiges Russland	40,33 %	51,51 %
KPRF	23,63 %	16,29 %
LDPR	12,84 %	9,33 %
Gerechtes Russland	15,35 %	10,41 %

Aus der Tabelle ist zu ersehen, dass alle in der Staatsduma vertretenen Parteien bei den diesjährigen Regionalwahlen – verglichen mit dem Staatsdumawahlergebnis – Stimmenprozente verloren haben; bis auf die Machtpartei, die um 11,2 % zugelegt hat. Am meisten verloren die Kommunisten mit 7,34 %, gefolgt von „Gerechtes Russland“ mit 4,94 % und der LDPR mit 3,21 %. Dieses Ergebnis widerspricht dem Sieg des kommunistischen Gouverneurskandidaten des Gebiets Irkutsk. Dafür waren wahrscheinlich persönliche und regionale Besonderheiten in diesem Gebiet am Baikalsee ausschlaggebend.

Wahlanalyse des „Zentrums für politische Technologie“

Der Vizepräsident des angesehenen Moskauer „Zentrums für politische Technologie“, Rostislaw Turowskij, stellte in seiner Analyse der Regionalwahlen eine

- „bemerkenswerte Absenkung des Niveaus der Konfliktbereitschaft im politischen System“ fest.⁸
- Die Proteststimmung infolge der schwierigen sozio-ökonomischen Situation trat nur wenig beim Wahlprozess in Erscheinung.
- Die parlamentarischen Oppositionsparteien – wie Turowskij die KPRF, LDPR und „Gerechtes Russland“ zusammenfasst – müssen ihren Oppositionscharakter zeigen, wenn sie nicht noch mehr Stimmen verlieren wollen.
- Für den Kreml ist es günstig, Politikern und Parteien mehr Möglichkeit zur Teilnahme und zum Konkurrenzkampf zu lassen.

⁷ http://komitetgi.ru/analytics/2433/#at_pco=smlwn-1.0&at_si=5609826de56e8d26&at_ab=per-14&at_pos=0&at_tot=1
⁸ http://www.ng.ru/ideas/2015-09-29/8_vybory.html



Blick auf die Staatsdumawahl 2016

Die regionale Wahlkampagne wird als Blueprint für die Staatsdumawahl 2016 gesehen, wobei an dem einheitlichen Wahltermin in der zweiten Jahreshälfte 2016 gleichzeitig auch in 38 Regionen gewählt werden wird.⁹ Einige Experten befürchten, dass deswegen regionale Aspekte auf die föderale Agenda abfärben könnten. Andere rechnen eher mit einem Vorteil für die Kandidaten der Macht, weil wohl wahrscheinlich auf diese Weise die Wahlbeteiligung in den Regionen praktisch automatisch höher sein wird.

Anmerkungen:

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und ist erstmalig im September-Newsletter „Russland intern aktuell“ des Deutsch-Russischen Forums Berlin erschienen.

Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

⁹ http://www.ng.ru/politics/2015-09-11/1_regions.html